

Erkämpft das Menschenrecht

Zu einer Veranstaltung am 3. Oktober 2011 in Berlin

Wolfgang Kroschel

“Verletzung der Menschenrechte!”

Wenn dieser Alarmruf in den Korridoren der Macht ertönt, dann greifen sie zum Sturmgepäck, munitionieren auf und fliegen in die entferntesten Länder, um den dortigen “Machthabern” eine Lektion über westliche Werte zu erteilen. Die “westlichen” Werte sind nämlich überall einzuführen. Deren Etablierung in Deutschland will aber nicht so richtig vorangehen.

Am 3. Oktober fand die fünfte Protestveranstaltung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V. (OKV) statt. Prof. Dr. Siegfried Mechler, Präsident des OKV, und Prof. Dr. Wolfgang Richter, Bundesvorsitzender der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM), hatten u.a. Prof. Dr. Manfred Wekwerth und Renate Richter sowie Dr. Arnold Schözel, Chefredakteur der Tageszeitung jungeWelt eingeladen, um gemeinsam mit betroffenen Bürgern ihre Stimme gegen Militarisierung der Politik, soziale Ausgrenzung, Diskriminierung, Bildungsnotstand und Medienterror zu erheben. Erschreckend die auf der Veranstaltung gezogene Bilanz:

Der Eingangssatz des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ war der Prüfstein für die alltägliche Praxis bei der Verwirklichung der Menschenrechte, besonders in dem Gebiet, das vor 21 Jahren den Bei-Tritt abbekam.

Und immer noch sehen große Teile des störrischen Volkes zwischen Oder und Elbe nicht ein, was Militarisierung der Politik nach Innen und Außen, soziale Ausgrenzung, Diskriminierung im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich sowie im persönlichen Leben mit erstrebens- und verteidigungswerten Menschenrechten zu tun haben sollen. Vielmehr, so betonte Prof. Mechler, fühlen sich mehr als 60 Prozent der Ostdeutschen als Bundesbürger 2. Klasse. Die Sozialgerichte werden den Klagen der Ausgegrenzten nicht mehr Herr. Geht es dabei etwa nicht um die menschliche Würde, die „zu achten und zu schützen Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ ist, wie sogleich der zweite Satz dieses Artikels vorschreibt?

Gerade am Jubeltag der vermeintlichen Sieger muss gefragt werden, warum in den vergangenen zwei Jahrzehnten drei Millionen Menschen von Ost nach West gingen. Liegt das an der immer noch doppelt so großen Arbeitslosigkeit, an den höheren Löhnen im Westen oder daran, dass ganze Berufsgruppen an den Rand gedrängt wurden und hier keine Zukunft mehr sehen? Der „Unrechtsstaat“ ist doch nicht mehr da, der seinen Bürgern bezahlbaren Wohnraum, eine nahezu kostenlose Kinderbetreuung, eine ebensolche Schul- und Ausbildung und gleiche Löhne für Mann und Frau aufzwang. Da gab es keine Angst um den Arbeitsplatz, keine Furcht vor der Zukunft. Es gab keine Haushalte, die sich wegen einer Anschaffung verschuldeten und Geiseln der Banken wurden.

Wie frei sind Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, Leih- und Kurzarbeiter, die jederzeit gefeuert werden können und durch deren Ausbeutung dieses Land so kostengünstig produzieren kann, dass es seine Nachbarn ins Elend treibt?

Mit welcher „unantastbaren“ Würde geht der Empfänger von ALG II (die Kurzbezeichnung ist nach einem Vorbestraften benannt) ins Amt, was zynischerweise ARGE (“Arbeitsgemeinschaft”) heißt. Dort sitzt die allein erziehende Mutter und darf zehn Euro für Sport- oder Musikerziehung ihres Kindes beantragen, obwohl vor und hinter dem Schreibtisch jeder weiß, welch ein unwürdiges Spiel das ist. Und davon gibt es so viele Varianten, dass das Personal dort selbst überfordert ist und oft nicht weiß, welche neue, die „Würde“ des Menschen mit Füßen tretende Regelung gerade wieder erlassen wurde.

Eine Frau berichtete auf der Kundgebung, anonym, aus Angst vor Repressalien, wie sie monatlang hingehalten wurde, um die ihr zustehenden kümmerlichen Bezüge zu erhalten.

Die Bundesvorsitzende und Berliner Landesvorsitzende des Arbeitslosenverbandes e.V., Marion Drögsler, bewies mit überzeugenden Zahlen, wie mithilfe der Statistik gelogen wird. Darüber wird demnächst in „ISOR aktuell“ Genauereres zu lesen sein.

„Verletzung der Menschenrechte!“

Ja, Frieden ist das erste Menschenrecht. „Wenn nicht Frieden wird auf Erden, was soll aus uns allen werden?“, fragt ein Friedenslied aus DDR-Zeit. Eine gefährliche Gewöhnung an Krieg und Lüge hat in der nachwachsenden Generation Platz gegriffen. Prof. Manfred Wekwerth und Renate Richter ließen die Schrecken des Krieges mit dem Song „Legende vom toten Soldaten“ (1918) des jungen Bertolt Brecht auferstehen.

Das erste Opfer eines Krieges ist immer die Wahrheit. „Sie lügen wie gedruckt, wir drucken, wie sie lügen“ ist ein Motto der linken Tageszeitung jungeWelt. Dr. Arnold Schözel verwies darauf, wie die gleichgeschalteten Medien sich ihre Welt selbst zusammenbauen und Fiktion als Wirklichkeit verkaufen. Er zitierte Peter Hacks: „Wer die Medien besitzt, braucht keine Zensur.“

Ein Staat, der in anderen Ländern Krieg führt, muss es auch nach innen tun. Zur Rechtfertigung des „Krieges gegen den Terror“ sind in allen Ländern der „westlichen Werbegemeinschaft“ im vergangenen Jahrzehnt umfangreiche Gesetze gegen die persönliche Freiheit der Menschen erlassen worden. Und es ist kein Ende abzusehen.

Hunderttausende Menschenleben hat dieser Krieg inzwischen gekostet, aber ein Fortschritt ist nicht zu erkennen. Es greift die Meinung um sich, dass dieser Anti-Terror-Krieg denen nutzt, die ihn am Kochen halten, denn sie verdienen sich dumm und dämlich daran. Natürlich muss ab und zu etwas geschehen. So wie just vor diesem Einheitsstag prompt Waffen tragende islamistische Verdächtige „gefasst“ wurden, die einen Anschlag auf das Fest in Bonn geplant hätten. Das Ende vom Lied: sie besaßen weder Waffen noch „gefährliche Gegenstände“ und mussten auf freien Fuß, aber unter Beobachtung gestellt werden. Somit war die Hysterie vor „islamistischen“ Feinden wieder zeitgerecht geschürt.

In Europa, im Nahen Osten, in Südamerika gehen immer mehr Menschen auf die Straße und protestieren gegen ihre wirtschaftliche Situation, gegen Bildungsnotstand und den Abbau ihrer demokratischen Rechte.

Die Bundeskanzlerin kann rufen: „China, Russland, Belarus, Kuba, was dort mit den Menschenrechten passiert, ist nicht akzeptabel!“, aber 6000 Palästinenser, die jetzt in den israelischen Gefängnissen wegen dortiger unmenschlicher Verhältnisse in einen Hungerstreik getreten sind, regen nicht im Geringsten auf.

Die Situation der Menschenrechte wird Thema und Anklagegegenstand auf einem Tribunal der im OKV vertretenen Vereine und Bündnisse sein. ISOR wird sich daran konstruktiv beteiligen. Unsere Mitglieder haben

>>> Fortsetzung von Seite 1

zu diesem Thema sehr viel zu sagen, kenntnisreich, sachlich und parteilich.

Wer sich seiner Lage bewusst ist, kann handeln, den Kopf erheben und mit Würde

für seine Rechte eintreten. Damit handelt er im Sinne des Artikels 1 des Grundgesetzes.

Und ein Satz von Max Reimann kommt ins Gedächtnis als er damals bei der Abstimmung zu diesem Grundgesetz im Bundestag sagte: „Wir Kommunisten werden diesem Gesetz nicht unsere Zustimmung geben. Aber es

wird die Zeit kommen, wo wir es verteidigen müssen.“

Ein Lied von Johannes Wader aus den 60er Jahren kommt mir ins Gedächtnis. Es endete mit den Zeilen: „...dass die Masse der zu kurz Gekommenen zuweilen auch zum Kämpfen neigt – Karl Marx.“

Bundesverband der Volkssolidarität legt Sozialreport 50+ 2011 vor

Harry Thomas, Mitglied des Vorstandes

Am 30. September 2011 stellte Prof. Dr. Gunnar Winkler, Präsident der Volkssolidarität e.V., Pressevertretern in Berlin den Sozialreport 50+ 2011 vor. Report 2011 ist Teil der empirischen Erhebung „Leben in den neuen Ländern“, welche das Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e. V. seit Ende 1989 durchführt. Er umfasst die Aussagen von 2.218 Bürgern der BRD ab 18 Jahre. Befragt wurden Bürger in den neuen Bundesländern und Ostberlin – und zum Zwecke des Vergleichs – Bürger in Nordrhein-Westfalen. Die Konzentration der Analyse in diesem Jahr auf die Altersgruppe der 50- bis 65jährigen (Jahrgänge 1949 – 1961) geschah in der Absicht, deutlich zu machen, wie diese die gesellschaftlichen Wandlungen in Deutschland bewältigt haben. Dabei handelt es sich um jene Altersjahrgänge, die man folgendermaßen beurteilen kann:

1. Sie haben in hohem Maße die wirtschaftliche und politische Entwicklung der letzten 30 bis 40 Jahre getragen und tragen sie noch. Sie sind nicht nur die wichtigsten Erfahrungsträger in Wirtschaft und Wissenschaft, sondern stellen auch den Hauptteil der so genannten heutigen Eliten.

2. Es ist in Ost und West die Generation, deren Hauptsozialisation (Schule, Qualifizierung, Berufsentwicklung, politische Orientierungen, Wertestrukturen) sich in völlig unterschiedlichen Systemen vollzog – mit Langzeitwirkung in den neuen Bundesländern bis in die Gegenwart.

3. Was die genannten Jahrgänge in Ost wie West verbindet ist, dass sie die erste Generation sind, in welcher der umfassendste, beabsichtigte und beschlossene Sozialum- bzw. -abbau der Nachkriegsgeschichte in Deutschland voll wirksam wird (Rentenreform/Rente mit 67/Arbeitsmarktreform).

4. Es sind die Jahrgänge – zumindest was den Osten betrifft – die als eigentliche Träger der „friedlichen Revolution“ und des deutschen Vereinigungsprozesses bis in die Gegenwart die von der Vereinigung am wenigsten partizipieren.

Der Sozialreport 50+ 2011 umfasst 8 Analysepunkte, die in sich geschlossen einen zusammenhängenden Komplex ergeben

Bemerkungen zu einigen Analysepunkten:

Zufriedenheit

Die Hälfte der 50- bis 65jährigen Bürger in den neuen Bundesländern – ebenso wie in NRW – sind mit ihrem Leben alles in allem zufrieden. Sowohl in Ost wie West hebt sich jedoch die Gruppe der 50- bis 65jährigen durch eine geringere Zufriedenheit sowohl gegenüber den Jüngeren als auch gegenüber den Älteren ab. So sind in den neuen Ländern 43 % der 50- bis 65jährigen zufrieden und im Westen (NRW) 48 %. Ihre Zufriedenheit liegt damit deutlich unter den ab 65jährigen in Ost wie West. Die Unzufriedenheit der 50- bis 65jährigen ist mit 15 % in beiden Regionen gleich.

Dabei ist zu beachten, dass die Zufriedenheit West auf einem höheren Lebensstandard beruht – so deckt sich fast das Durchschnittseinkommen der unzufriedenen Westdeutschen (NRW) mit dem der zufriedenen Ostdeutschen. Das steht auch den oft zu hörenden Aussagen zum „Jammer-Ossi“ entgegen.

Erwartungen

Hervorzuheben sind die gedämpften Erwartungen an die Zukunft. Befürchtungen und Ängste sind stärker als Hoffnungen. Während die Befürchtungen der 50- bis 65jährigen in den neuen Ländern überdurchschnittlich hoch sind, liegen sie im Westen (NRW) deutlich niedriger. Es ist offensichtlich, dass im Osten sowohl wegen der nach wie vor fast doppelt so hohen Arbeitslosigkeit als auch einer z. T. hohen Langzeitarbeitslosigkeit vieler Bürger dieser Altersgruppe – inkl. damit verbundener geringerer Verdienste – die künftigen Entwicklungen eher pessimistisch gesehen werden. Es ist aber auch die Reflexion sowohl gegenwärtig einseitig geführter Diskussionen um finanzielle Bedrohungen seitens der Politik als auch sich bereits vollziehender Entwicklungen, wenn Pflegenotstand und Altersarmut bereits bei jungen Menschen und vor allem bei den jungen Alten Ängste vor dem Älterwerden erzeugen.

Gerade die Altersgruppe der 50- bis 65jährigen fühlt sich in doppelter Hinsicht von der Pflegesituation bedroht: als künftig pflegende Familienangehörige und als Pflegebedürftige. Als weiterer erkennbarer Komplex von Ängsten vor dem Altwerden zeichnet sich ab – in Ost und West – die finanzielle Angst hinsichtlich des Alterseinkommens. 52 % in den neuen Ländern und 41 % in NRW geben dies an. Die Quoten müssten eigentlich höher sein, machen aber deutlich, dass die Politik mit der Argumentation, Armut erträglich zu machen, noch wirkt und steigende Akzeptanz aufweist.

Arbeit und Arbeitslosigkeit/Wirtschaftliche Situation

Arbeit hat nach wie vor einen hohen Stellenwert in der Wertestruktur der Bürger in Ost und West. In den neuen Bundesländern ist für 72 % aller Bürger Arbeit in ihrem Leben „sehr wichtig“, für 18 % „wichtig“ und liegt damit auf Platz 1 der Wertestruktur. Das gilt gleichermaßen für NRW, deren Bürger ebenfalls Platz 1 der Werteskala halten. Deutliche Unterschiede gibt es in den älteren Jahrgängen, von denen im Osten 77 % Arbeit für sehr wichtig halten gegenüber 68 % der älteren Bürger in NRW. Auch bei 65jährigen und älteren geben Ostdeutsche mit 71 % eine höhere Bewertung ab. Von den Befragten der Altersgruppen von 50 bis 65 Jahren waren nach eigenen Angaben (April 2011) im Osten 66 % erwerbstätig, 14 % in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bzw. arbeitslos, 12 % Rentner und 5 % Sonstige. In der Vergleichsregion NRW gaben in der genannten Altersgruppe 56 % an, erwerbstätig zu sein, 11 % arbeitslos bzw. in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen „beschäftigt“ zu sein. Die Werte der erhobenen Daten weisen aus, dass die Erwerbstätigkeit der 50- bis 65jährigen im Osten einen besonders hohen Stellenwert für die Altersversorgung hat. Wenn auch die Befürchtungen, arbeitslos zu werden, mit

>>> Fortsetzung auf Seite 3

>>> Fortsetzung von Seite 2

zunehmendem Alter abnehmen, so wird bei entsprechender Analyse deutlich:

Ein Viertel der 50- bis 65jährigen in den neuen Bundesländern geht davon aus, bald arbeitslos zu werden bzw. dass sie persönlich eventuell von Arbeitslosigkeit betroffen werden können (22 %) – auch in NRW gehen 5% sicher bzw. eventuell (19 %) von künftiger Arbeitslosigkeit aus.

Während im Osten Frauen ein geringeres Risiko, arbeitslos zu werden, zum Ausdruck bringen, sind es im Westen eher die Frauen dieser Altersgruppe, welche Arbeitslosigkeit befürchten.

Die Annahme, nicht von Arbeitslosigkeit betroffen zu werden, ist im Osten gleichmäßiger über die Altersgruppen verteilt. Während in NRW 46% der zwischen 50- bis 55jährigen nicht von Arbeitslosigkeit ausgehen, wird bei den 60- bis 65jährigen mit 28 % doch ein deutlicheres Risiko sichtbar.

Man kann feststellen, dass die Altersgruppen, welche die Wende in der DDR maßgeblich gewollt und Träger des deutschen Vereinigungsprozesses waren nun diejenigen sind, die vor allem von den Folgen politischer und wirtschaftsstruktureller Veränderungen mit Langzeitwirkungen betroffen sind und die nach dem Eintritt ins Rentenalter eines ihrer grundlegenden Ziele, einen verbesserten und angemessenen Lebensstandard auch nach 40 bis 50 Arbeitsjahren noch nicht erreicht haben.

Wertstrukturen

Hinsichtlich ihrer Wertstrukturen unterscheiden sich Ost und West deutlich. In den neuen Bundesländern steht soziale Sicherheit mit 55 % dieser Altersgruppe auf Rang 1; es

folgen Freiheit und soziale Gerechtigkeit mit jeweils 39 %. Die Auskunft der Befragten in NRW – an erster Stelle Freiheit mit 56 %, Gerechtigkeit 42 Prozent, soziale Sicherheit 41 %, Solidarität 15 %. Trotz der Unterschiedlichkeit der Bewertung bleibt die sowohl in West- wie in Ostdeutschland starke altersabhängige Wertigkeit von Freiheit, Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit festzustellen. Besonders aufmerksam zu machen ist im Ergebnis der Befragung auf den geringen Stellenwert, den Solidarität im Leben der Bürger generell, aber speziell der 50- bis 65jährigen hat. Nur 13 % halten sie im Osten noch für sehr wichtig und 15 % in NRW. Das ist ohne Zweifel auch Ergebnis des Rückbaus der solidarischen Sicherungssysteme und der zunehmenden Privatisierung des Sozialen.

In weiteren Abschnitten enthält der Sozialreport Befragungsergebnisse zu den Problemen wirtschaftliche Lage/ Einkommen, Wohnen, Integration/Identifikation und Aussagen über Demokratie – bürgerschaftliches Engagement.

Die vorliegende Studie vermittelt nicht nur Anerkennung der Veränderungen, sondern verweist auch auf kritische Positionen zu Defiziten in der Entwicklung. Wie auch immer die Bewertungen seitens der Bürger ausfallen, sie reflektieren aber Lebenslagen und Lebensbedingungen und ihre gefühlten Entwicklungstendenzen:

Kontinuierliche Erwerbsarbeit, verbesserte individuelle und familiäre Einkommen führen zu besseren Bewertungen der allgemeinen Lebenszufriedenheit und wirtschaftlichen Lage, vor allem in westlichen Regionen.

Die deutsche Einheit wird von Westdeutschen weniger positiv gesehen als von den Ostdeutschen und mehr mit individuellen Verlusten verbunden.

Die Erwartungen an die Zukunft sind relativ übereinstimmend kritisch in Ost und West, führen allerdings im Osten zu stärkeren Befürchtungen.

Anmerkung:

Der „Sozialreport 50+ 2011“ steht als Download unter www.isor-sozialverein.de unter „Bei anderen gelesen“ zur Verfügung.

Aus der Arbeit des Vorstandes

In einer ersten Bewertung der Ergebnisse der Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin betonten die Mitglieder des Vorstandes, dass ISOR auch weiter solidarisch mit der Partei DIE LINKE verbunden bleibt und die vorhandenen Gemeinsamkeiten in sozialen Fragen konstruktiv befördern wird. Der Vorstand begrüßte ein Schreiben der Repräsentanten der Partei DIE LINKE vom 22.09.2011 an die Bundeskanzlerin, in dem eine verbindliche Garantieerklärung gefordert wird, dass „im Haftungsfall des Euro-Rettungsschirmes Löhne, Renten und Sozialleistungen nicht gekürzt, Massensteuern nicht erhöht werden und das Geld der Sparinnen und Sparer sicher ist.“



Manfred Krumbholz erstattete den Bericht der Revisionskommission zur Finanzkontrolle für das I. Halbjahr 2011, mit der die ordnungsgemäße Finanzarbeit unseres Vereins bestätigt wurde. Bei einer Nachkontrolle zum II. Halbjahr 2010 wurde festgestellt, dass alle unterbreiteten Vorschläge zur Einsparung von Finanzmitteln umgesetzt wurden. Der Vorstand sprach dem Schatzmeister und der Revisionskommission Dank und Anerkennung für ihre gewissenhafte und zuverlässige Arbeit aus.

waren und bleiben, so betonte Peter Kurze, die klare strategische Orientierung des Vorstandes von ISOR und seine ständige Anleitung und Betreuung vor Ort, die konzentrierte und einheitliche Führung der juristischen Verfahren und die zuverlässige Betreuung der Mandanten durch die Kanzlei Bleiberg sowie die parlamentarische und außerparlamentarische Unterstützung unseres Kampfes durch die Partei DIE LINKE.

Abschließend sein Appell, nicht vorzeitig aufzugeben, Zusammenhalt und Solidarität als wichtigste Grundlage auch künftigen Handelns beizubehalten.

Große Aufmerksamkeit herrschte im Saal bei den folgenden Ausführungen des stellv. Vorsitzenden der ISOR, Dr. Rainer Rothe.

>>> Fortsetzung auf Seite 4

Aus unseren TIG



Der Einladung des Vorstandes zur Mitgliederversammlung „20 Jahre ISOR – Bilanz und Ausblick“ am 24. Sept. waren 157 Teilnehmer aus der **TIG Leipzig**, Vertreter aus den TIG der Kreise des früheren Bezirks Leipzig und Gäste befreundeter Parteien und Organisationen gefolgt.

In seinen Ausführungen erinnerte der Vorsitzende Peter Kurze an den Beginn sowie an bedeutsame Stationen und Ergebnisse unseres Kampfes. Besonders würdigte er die Initiativen der ehemaligen Mitarbeiter von NVA, VP, Zoll, Zivilverteidigung und MfS, deren solidarisches Handeln die Bildung der TIG im November 1991 ermöglichte.

Leider konnten nur noch 10 von ihnen während der Veranstaltung für ihre Verdienste geehrt werden.

Nicht unerwähnt blieben ausgewählte Beispiele für das Wirken von ISOR als Sozialverein. Das betrifft vielfältige Aktivitäten unserer Mitglieder bei der Unterstützung der juristischen Auseinandersetzung und die Zusammenarbeit mit Vereinen/Verbänden im Kampf um soziale und Rentengerechtigkeit. Gewürdigt wurde das umfangreiche ehrenamtliche Engagement vieler Mitglieder innerhalb der Solidargemeinschaft und in anderen Organisationen und Gremien. Wesentliche Grundlagen für erfolgreiche Arbeit

>>> Fortsetzung von Seite 3

Verständlich und umfangreich erläuterte er den komplizierten juristischen Weg zur Beendigung des Rentenstrafrechtes, die Wechselwirkungen und Zusammenhänge mit den Interessen der Politik und die sozialen Dimensionen des Rentenstrafrechtes. Rainer Rothe erinnerte an den Beschluss der Vertreterversammlung, den Kampf mit allen rechtlichen Mitteln zu führen und unterstrich das mit den Möglichkeiten durch das zu erwartende verfassungsrechtliche Gutachten. Gleichzeitig zeigte er aber auch die Schwierigkeiten auf, die wir zwischen normiertem Recht, dem Willen der herrschenden Klasse und der Rechtssprechung dabei zu bewältigen haben.

Aufschlussreich dazu seine Darlegungen zum Stand der juristischen Verfahren zum § 7 AAÜG sowie dem Ringen um Anerkennung der Zulagen/Zuschläge für die Rentenberechnung. Hinweise zum Dienstbeschädigungsausgleich, zur Kritik des UNO-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte am 5. Staatenbericht der Bundesregierung und zu den Plänen der Regierung zur Schaffung eines einheitlichen Rentenrechts ergänzten seine Worte zur Haltung politisch Verantwortlicher bzgl. rentenrechtlicher und sozialer Fragen.

Die Erkenntnis, dass unser Kampf mehr ist als § 7 AAÜG und gesellschaftliche Dimensionen hat, wurde auch in den nachfolgenden Beiträgen unserer Gäste deutlich.

So bekräftigte Sören Pellmann, stellv. Vorsitzender des Stadtverbandes der Partei DIE LINKE und Stadtrat in Leipzig die Unterstützung für unsere Solidargemeinschaft. Er überbrachte Grüße vom Vorsitzenden Dr. Volker Külow und Dr. Barbara Höll, MdB, die wegen anderer Termine nicht an der Versammlung teilnehmen konnten. Am Beispiel kommunaler Probleme erläuterte Sören Pellmann, wie wichtig starke linke Positionen zur Durchsetzung von Bürgerinteressen sind.

Er ermunterte uns, weiterhin Funktionsträger aus anderen Fraktionen einzuladen und sie mit unseren Problemen und Forderungen zu konfrontieren.

Der Vors. der TAG Leipzig der GRH, Dieter Müller, betonte die solidarischen Arbeitsbeziehungen zwischen unseren Vereinen und anderen linken Gremien der Stadt. Er erinnerte an Beispiele für die Tradition gemeinsamer Veranstaltungen wie Buchvorstellungen, Mitgliederversammlungen und Spendenaktionen. Dieter Müller unterstrich die Unterstützung der GRH für angeklagte ehemalige leitende Funktionäre und forderte angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Situation, nicht nachzulassen im Zurückweisen von Angriffen und Verleumdungen.

Mit weiteren Auszeichnungen verdienstvoller Mitglieder, dem Dank des Vorsitzenden an die anwesenden Gäste, Mitglieder

und Funktionäre der TIG und der Orientierung auf den weiter gültigen Beschluss der Wahlversammlung vom 2. Oktober 2010 endete eine erfolgreiche und würdige Veranstaltung, auch zu 20 Jahre TIG Leipzig.

Siegfried Lorenz

★

Am 21. September hatte die **TIG Prenzlau** zu ihrer 2. Mitgliederversammlung 2011 eingeladen. Zu Beginn konnten wir zwei neue Mitglieder aufnehmen. TIG-Vorsitzender Hans-Joachim Möllenbergs informierte dann über aktuelle Probleme und Ergebnisse unseres Kampfes zur Überwindung des Rentenstrafrechtes. Er hob insbesondere hervor, dass die anhängigen Verfahren beim Bundessozialgericht noch nicht terminiert sind. Er informierte darüber, dass die Fraktion der Partei DIE LINKE im Jahre 2012 eine Vorlage „zur Verhütung drohender Altersarmut“ plant.

Im weiteren Verlauf ergriff das Vereinsmitglied und Vorsitzender des Mietervereins Prenzlau und Umgebung Hans-Jürgen Voelz das Wort zu aktuellen Fragen eines neuen Mietrechtsänderungsgesetzes, das im Deutschen Bundestag beraten werde. Es soll dabei um Energieeffizienz und um einschneidende Einschränkungen der Rechte der Mieter gehen.

Wir beendeten unsere Versammlung mit Gedanken zu Vorhaben im Jahr 2012 und der Bekräftigung, unabbar die Beschlüsse der Vertreterversammlung von 2009 umzusetzen.

Werner Liefke

★

Traditionell riefen die Vorstände der **TIG Altmarkkreis Salzwedel** und der **TIG Stendal** zum 17.09.2011 zum 11. Altmarktreffen nach „Feine Sache“ in Jeggeleben ein. 116 Mitglieder und Sympathisanten von ISOR folgten der Einladung.

Als Guest war Prof. Dr. Bischoff eingeladen, der auch zu Beginn des Treffens in seiner emotional gehaltenen Rede auf die Erfolge von ISOR in ihrer 20jährigen Geschichte einging. Prof. Bischoff verwies darauf, dass es zur Erreichung der Ziele, nämlich der Beseitigung des Rentenstrafrechtes, für alle noch ein Stückchen Weg ist. Dieser Weg bedarf der Geschlossenheit und Solidarität aller Mitglieder.

Nicht unerwähnt soll an dieser Stelle bleiben, dass das Mitglied der TIG Salzwedel Heinz Fischbeck 10 Mitglieder für die Sache von ISOR gewinnen konnte. Dafür ein großes Dankeschön.

In der anschließenden Diskussion rief das Mitglied der TIG Stendal Helmut Stefan zu einer Solidaritätsspende für die Zeitung Junge Welt auf. Diese Zeitung hatte sich als einziges Medium zur Wahrheit des 13. August 1961 öffentlich geäußert.

Spontan wurde eine Spende in Höhe von 218,00 € gesammelt. Auch dafür an die Teilnehmer herzlichen Dank. Die Spende wird dieser Tage an die Redaktion der Junge Welt überge-

ben. Ein Höhepunkt des Altmarktreffens war der Auftritt des Feuerwehrorchesters der Feuerwehr Clenze aus Niedersachsen. Bei den Klängen des Blasorchesters wurde fleißig getanzt. Die Vorbereitungen für das 12. Altmarktreffen im Jahre 2012 laufen und alle sind jetzt schon herzlich eingeladen.

Eckhard Szabaschus

★

Die gemeinsame Veranstaltung der **TIG Berlin-Marzahn und –Hellersdorf** am 8. September im Theater am Park wurde festlich durch die beiden bekannten Künstler Gaby Rückert und Ingo Koster eingeleitet.

In der Rede des Vorsitzenden Horst Parton wurden die Mitglieder der TIG Marzahn und Hellersdorf geehrt, die 20 Jahre in verantwortungsvollen Funktionen tätig sind. Der Kampf um die Beseitigung des Rentenstrafrechtes geht weiter und die Mitglieder verpflichten sich, das solidarische Miteinander weiter zu vertiefen.

Den Vorbehalten, die den Mitgliedern von ISOR entgegen gebracht werden und die ungerechte Bewertung ihrer Lebensleistung veranlassen die Mitglieder nicht, sich von einer kulturvollen Auseinandersetzung abbringen zu lassen.

Nach der eindrucksvollen Rede des Vorsitzenden übergaben die Vorstände der TIG Marzahn und Hellersdorf im Namen ihrer Mitglieder eine Willenserklärung. Der Beifall der 180 Teilnehmer dieser Veranstaltung bestätigte diese Willenserklärung.

Vorstände der TIG Marzahn/Hellersdorf

Willenserklärung

Vor 20 Jahren am 6.6.1991 wurde die Initiativgemeinschaft ISOR e.V. gegründet. Zu dieser Zeit konnten sich ihre Gründungsmitglieder noch nicht vorstellen, wie langwierig, hartnäckig und entbehrungsreich der Kampf gegen das gerade verhängte Rentenunrecht für alle Betroffenen werden würde. Der Weg, den ISOR seitdem beschritten hat, verdeutlicht anschaulich unser zähes Ringen um schrittweise Fortschritte bei der Beseitigung dieser allen Normen des Rechts widersprechenden Festlegungen.

Eingebunden in viele Aktivitäten von Vereinigungen und Verbänden gegen soziale Aus- und Unterhöhlung leistet ISOR als eigenständiger Verein einen wichtigen Beitrag innerhalb dieser solidarischen Kampfgemeinschaft. Davor zeugen die in den vergangenen zwei Jahrzehnten erfolgreich durchgeführten Initiativen und ihre damit erzielten Ergebnisse, die unsere inzwischen verstorbenen Mitglieder leider nicht mehr erleben konnten. Ihrem Andenken und Vermächtnis bleiben wir verpflichtet. Es gebietet uns ihre Würde und unsere Verantwortung, diesen Weg konsequent und beharrlich bis zum Ende zu führen.

Allen Anfeindungen zum Trotz und im Bewusstsein unserer gerechten Sache bedarf es weiterer nicht nachlassender Anstrengungen, um endlich die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen zur Aufhebung dieser Unrechtsprechung zu erzwingen.

Wir erklären heute erneut und nachhaltig, im Vertrauen auf unsere bisher bewährte Solidarität, den Kampf um Beseitigung von Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit, Armut, sozialer und politischer Ausgrenzung und Ungleichbehandlung weiter zu führen. Dazu brauchen wir weitere vielfältige Aktivitäten, Standhaftigkeit, Mut und Optimismus. Bestärkt werden wir durch den engen Schulterschluss unserer noch über 20.000 Mitglieder unseres Vereins, der uns eint in den gemeinsamen Kraftanstrengungen für unsere gerechte Sache.

Wer aufgibt, hat bereits verloren

Marzahn/Hellersdorf am 8. September 2011

Am 24.10.2011 führte die TIG Oranienburg ihre Mitgliederversammlung zum 20. Jahrestag von ISOR durch. Als Gastsprecher hatte unser Vorstand den Stellv. Vorsitzenden von ISOR, Prof. Dr. Horst Bischoff, eingeladen. Zu unserer Zusammenkunft kamen mehr als 30% der Mitglieder.

Der Vorstand begrüßte alle Mitglieder mit einem Glas Sekt und beglückwünschte sie zum Jahrestag und sagte ein „Herzliches Dankeschön“ für den Kampf der letzten 20 Jahre. Es entstand so eine angenehme Atmosphäre. Diese Treffen sind immer ein Höhepunkt, es gibt ein Wiedersehen und man kann über die Vergangenheit und die Zukunft plaudern.

Im Verlauf der Versammlung wurden 10 verdienstvolle Mitglieder mit Buchprämien geehrt und der Dank für die geleistete Arbeit ausgesprochen. Auch unserer Kassiererin Brigitte Ro-

sadzinski galt unser besonderer Dank. Sie hat alle „Fäden“ in der Hand. Außerdem erhielten der älteste Anwesende (92 Jahre) und der am weitesten Angereiste (von Neuruppin) je eine Flasche Sekt.

Unser Freund Horst Bischoff würdigte in einem Vortrag von einer Stunde den bisherigen Kampf und die Erfolge von unserem Verein. Er gab Einblicke in die nächste Etappe. Alle Mitglieder waren sich einig, dass es ein gelungenes Treffen war, der Kampf sich bisher gelohnt hat und es Zuversicht für die Zukunft gibt. Mit Klarheit wurde gesagt, dass es nach 20 Jahren jetzt unverzeihlich wäre, den Kampf zu beenden. Jetzt erst recht muss er bis zur letzten Konsequenz fortgesetzt werden.

Der besondere Dank wurde auch den Angehörigen des Mdl, der NVA und der Zollverwaltung ausgesprochen, die trotz ihrer bereits gelösten Rentenprobleme weiter fest an unserer Seite stehen.

Klaus Schönfeld

Von Mitglied zu Mitglied

Herbsturlaub in Koserow / Usedom
unweit von Meer, Wald und Bäcker!
Gemütliche kleine Apartmentwohnung für 2 Personen, frei ab 18. Oktober

Tel. 038377 40091



Ganzjährig komfortable 3* FeWo für 2 Personen in **Sellin / Rügen**
Ruhige Waldlage, 200 m zum Südstrand, Parkpl. am Haus, NR, keine Haustiere,
Tel.: 038303 86789 / Fax 038303 98500
Mobil: 01520 9805529
Internet: www.achsniick.de

Auf dem Büchermarkt

R. Rupp / K. Rehbaum / K. Eichner

Militärsionage

Die DDR- Aufklärung in NATO und Bundeswehr (edition ost im Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2011)
ISBN 978-3-360-01828-1
Preis: 15,40 €

„Es gab verschiedene Gründe, weshalb es während des Kalten Krieges nicht zu einem heißen Krieg zwischen den Blöcken kam. Ein Grund war das militärstrategische Gleichgewicht, ein anderer, dass dies erhalten blieb“, heißt es zutreffend im Ankündigungstext auf der Rückseite dieses neuen Buches in der „roten Reihe“ des Verlages, das als Band 6 der Geschichte der Hauptverwaltung A vorgelegt wird. Es berichtet in konzentrierten Darstellungen Wesentliches darüber, was NVA – Aufklärung und HV A des MfS auf dem Gebiet der Militärsionage tatsächlich für den Frieden geleistet haben. Angenehm ist das Bemühen um Sachlichkeit und Flurbereinigung bei der medialen Legendenbildung um diese Arbeit in der Gegenwart, die landläufig als „Aufarbeitung von Geschichte“ verkauft wird.

Erkennbar verbiesterte Reaktionen früherer Gegner und ihrer Apparate auf diese Publikation belegen Aktualität und Stellenwert des Buches gegen Geschichtsklitterung und Verleumdung.

Für die Mitglieder von ISOR ist schon der Autorenkreis hinreichender Beleg für die Seriosität der Darstellung. Wir empfehlen den TIG, das Angebot der Autoren anzunehmen, auf Einladung Buchlesungen und Problemdiskussionen vor Ort zu bestreiten.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 28.09.2011

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26.10.2011

Einstellung im Internet: 04.11.2011

Auslieferung: 10.11.2011

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jede 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr